



Vorlage Nr. 24-O-02-0009

Tagesordnungspunkt 8

der öffentlichen Sitzung des Ortsbeirates des Ortsbezirkes Wiesbaden Westend/Bleichstraße am 22. Mai 2024

Übermittlung Parkraumüberwachungsmaßnahmen (Linke)

Antrag der Fraktion DIE LINKE:

Der Ortsbeirat Westend / Bleichstraße ersucht den Magistrat um Übermittlung der umgesetzten Parkraumüberwachungsmaßnahmen durch das Amt 34 im ersten Quartal 2024. Hierbei wird mit Nachdruck um die Beantwortung der nachfolgenden Fragen gebeten:

An wie vielen Tagen fanden Parkraumüberwachungsmaßnahmen im hiesigen Ortsbezirk statt?

Wie viel Personal ist vor Ort eingesetzt gewesen, wie viele Arbeitsstunden wurden erbracht?

Wie viele Ordnungswidrigkeitsanzeigen wurden gefertigt?

Wie viele Fahrzeuge wurden abgeschleppt?

Der Ortsbeirat Westend / Bleichstraße ersucht den Magistrat darüber hinaus diesem Gremium eine quartalsweise Dokumentation zukommen zu lassen.

Begründung:

Dem Ortsbeirat Westend / Bleichstraße ist bewusst, dass die Beschäftigten des Amts 34 hoch spezialisiert sind und eine Vielzahl von Aufgabengebieten abdecken müssen. Jedoch werden an das hiesige Gremium fortwährend erhebliche Beschwerden über verkehrswidriges Beparken des öffentlichen Raums herangetragen, häufig mit der Folge der Behinderung und Gefährdung anderer Verkehrsteilnehmer.

In vielen Fällen ist darüber hinaus die unverzügliche Durchfahrt von Einsatzfahrzeugen im Einsatzfall nicht mehr gewährleistet.

Die Bürgerinnen und Bürger unseres Ortsbezirks beschweren sich zudem fortwährend über einen quasi nicht vorhandenen Kontroll- und Sanktionsdruck, eine flächendeckende Parkraumüberwachung findet faktisch nicht statt.

Die Ortsbeirätinnen und Beiräte schließen sich den allgemeinen Beschwerden an und erhoffen sich durch die Beantwortung der o.g. Fragen eine transparente und nachvollziehbare Darstellung der Arbeit im Bereich der Parkraumüberwachung.

Hierdurch lässt sich auch die Wertigkeit der Parkraumüberwachung gegenüber den anderen Einsatzbereichen des Amts 34 einordnen und beziffern.

Wir sind der Auffassung, dass eine Präsenz und ein Kontrolldruck im Bereich des rechtswidrigen Parkens eine Kernaufgabe der Stadtpolizei ist und von den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort eingefordert werden darf / muss.

Beschluss Nr. 0053

Antrag der Fraktion DIE LINKE antragsgemäß beschlossen.

+

+

Verteiler:

Dezernat V z. w. V.

Wild
Ortsvorsteher